

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach Bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2044 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8904.

Nr 172

Montag, den 28. Juli 1920

11. Jahrgang

Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen.

Vor Danzigs Verfassungsarbeit!

Die neu begonnene Woche stellt die Verfassungsgebende Versammlung Danzigs vor ihre bedeutungsvollste und schwerste Aufgabe! Das fundamentale Grundgesetz soll der neuen „Freistadt“ durch ihre Verfassung gegeben werden! Ihre Schaffung erfolgt ebenso wie die Gründung der „Freien Stadt“ selbst unter Bedingungen, die in der bisherigen Staatengeschichte kein Gegenstück kennen!

Die Wichtigkeit der Aufgabe und die Besonderheit der Bedingungen, unter denen sie erfüllt werden muß, legt den Abgeordneten des Volkstages schwerwiegende Verpflichtungen vor Gegenwart und Zukunft auf. Die Verfassung ist etwas ganz Anderes als ein beliebiges anderes Gesetz. Lassalle, der Denker und Kämpfer, hat uns in seinen berühmten Vorträgen über „Verfassungswesen“ die Verfassung als das Dokument geschildert, welches die politischen Machtverhältnisse im Staate festlegt. Sie hat auch in dieser Eigenschaft nicht Ewigkeitswerte. Ihre Abänderung ist aber gerade unter diesem Gesichtspunkt viel schwerer möglich, als die irgend eines beliebigen Gesetzes. Das Ringen um die Veränderung einer Verfassung wird stets schwerer und kraftbewusster geführt werden.

Diese Tatsache verpflichtet allein schon diejenigen, die die erste Verfassung schaffen dürfen. Kurzsichtigkeit und Egoherzigkeit dürfen dabei keine Rolle spielen, wenn anders sich solche Sünden später nicht schwer und hart rächen sollen.

Freiheitlichkeit des Inhalts und der Form muß schon der Tatsache Rechnung tragen, daß die Verfassung die Zielgestaltigkeit des Staatslebens grundlegend für längere Zeiträume regend erfassen soll! Ein Dokument der Freiheit müßte jede Verfassung nach ihrer Art und Aufgabe schließlich sein. Für Danzig sollte sie es in besonderem Maße darstellen.

Frei wird die „Freie Stadt“ offiziell nach dem Willen der Diktatoren von Versailles genannt. Vom Wesen dieser Freiheit zeugen die Tage Danzigs, die wir durchleben müssen, mehr als deutlich genug. Diese Freiheit zwingt uns, gegen unsern Willen gewalttätig abgetrennt vom Mutterlande, die neue Verfassung unter dem Schutz der Bajonette des englischen Militärs zu schaffen. Und die Vertreter des so „freien“ Danziger Volkes dürfen die Verfassung nur als „Volltag“ für die Entente-Diktatoren von Versailles beschreiben. Sie haben sich das erste und letzte Wort auch in der Entscheidung über die Danziger Verfassung vorbehalten.

Und nicht einmal die von ihnen ausgesprochenen Forderungen Zeit steht den Danziger Volkstagen zu. Die Verfassung wird in der Arbeit zur Vollendung. Der Kampf wird nicht aufhören bis zum 15. August. Und erst am 1. September wird die Verfassung in Paris nach dem Willen der Entente fertig sein.

Nichts anderes als die Verfassung der Verfassungsarbeit! Die Verfassung ist die Seele des Staates. Sie ist die Seele des Danziger Volkes. Sie ist die Seele des Danziger Staates. Sie ist die Seele des Danziger Reiches. Sie ist die Seele des Danziger Völkerrechts. Sie ist die Seele des Danziger Weltrechts. Sie ist die Seele des Danziger Menschheitsrechts. Sie ist die Seele des Danziger Götterrechts. Sie ist die Seele des Danziger Universums. Sie ist die Seele des Danziger Kosmos. Sie ist die Seele des Danziger Weltalls. Sie ist die Seele des Danziger Universums. Sie ist die Seele des Danziger Kosmos. Sie ist die Seele des Danziger Weltalls.

Rußland gewährt Waffenstillstand.

Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen.

Die polnische Regierung wird Vertreter, die mit Vollmachten ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen.

Nach einem Funkpruch aus Moskau zieht sich die rote Armee auf Befehl des bolschewistischen Oberkommandos zurück.

Man wird nicht bestreiten können, daß Rußland durch die Annahme der polnischen Waffenstillstandsbitte weise Mäßigung bewiesen hat.

Ein französisches Urteil über Polen.

Ueber Polens augenblickliche Lage schreibt unser französisches Parteiblatt „Humanité“: Polen sei seit zwei Jahren Sklave der Entente, besonders aber Sklave Frankreichs. Emporgelassen durch die Revolutionen in Rußland und Deutschland und nicht durch den militärischen Sieg der Entente. Fähe es nur ein Interesse gehabt, Frieden mit seinen russischen und deutschen Nachbarn zu halten. Aber man habe aus ihm einen doppelten Wall gegen Berlin und Moskau machen wollen. Deshalb hätten die Alliierten es gründlich ausgezogen. Wenn auch nach Warschau ginge, dann sei es um Polen geschehen, und eine neue Wunde man das bekannte historische Wort ausprechen: tris Poloniae! Es wäre Rußland ein Leichtes gewesen, bei der augenblicklichen militärischen Lage Polen völlig zu zerstören. War doch der Rückzug des polnischen Heeres schon in wilde Flucht ausgeartet. Wohlwiegend für Rußlands Friedenswillen

Das ist die Aufgabe, die Danzigs Volksvertreter, in dieser Woche beginnend, lösen sollen. Nur wenn sie so arbeiten, können sie vor dem Urteil der Geschichte und dem der Sozialdemokratie bestehen.

Sie sei großzügig deutsch, unsere neue Verfassung, von der noch niemand weiß, was von ihr überhaupt vor der harten und engherzigen Paris-Versailleser Zensur Gnade finden wird. Ein Monument unseres Deutschtums soll sie sein im Sinne eines Siches: Deutschtum ist Kultur und Freiheit in der Gestaltung und Betätigung!

Weiber haben die bürgerlichen Gruppen bei ihrer bisherigen Arbeit an der Verfassung durchweg weniger als nichts von der von uns geforderten Bedeutung der Verfassungsarbeit erkennen lassen. Die sozialdemokratischen Vertreter haben deshalb mehr mit dem Schwerte als mit der Kelle am Danziger Verfassungswerke arbeiten müssen. Anflagen haben sie im Verfassungsausschuß und in den Spalten der „Volksstimme“ darauf hinweisen müssen, ein wie kleines Geschlecht die Bedeutung der Stunde gefunden hat. Die liberalen Demokraten haben sogar fastberzig das hohe Gut der Selbstfreiheit durch die Zertrümmerung der Simultan Schulen an die Herrschaft rückständiger Fanatiker ausgeliefert. Und alle Wohnungen haben sie nicht zur Einkehr bewogen.

Wägen sie und andere den Ruf der letzten Stunde mit überhördet! Der Abgeordnete Genosse Otto Wöel hat in unserer Freitagsgabe deutlich genug ausgesprochen, was die Sozialdemokratische Partei von der Danziger Verfassung fordert und wie sie ihrer Verantwortung vor Volk und Zukunft gerecht zu werden entschlossen ist!

Und wir betonen es hiermit wenige Stunden vor dem Beginn der abschließenden Beratung der Verfassung mit allem Nachdruck: Es genügt durchaus nicht zur Bekundung ehrlicher Demokratie, wenn man einem Vertreter des diktatorischen Gewaltwillens das Bekenntnis zu dieser Vergewaltigung abringt. Der ehrliche Wille zur Demokratie, das wollen sich vor allem die Demokraten und das Zentrum vorbehalten. fordert zuerst und vor allem Freiheit und Recht für das Volk und seine arbeitenden Massen!

Die Sozialdemokratie muß das Kräfteverhältnis der Verfassungsberechtigten Verammlung gelten lassen. Sie will keinesfalls die Arbeit über sich selbst und nicht für sich selbst und unbedingt ab. Deshalb muß sie aber noch lange nicht ein launisches Wesen! Die Verfassung soll gelten für eine Volksversammlung, deren soziale Zusammensetzung die Forderungen der Sozialdemokratie unbedingt notwendig macht.

Hieraus ergibt sich für die Sozialdemokratie das Gebot ihrer Pflicht! Die bürgerlichen Parteien haben es nun in der Hand, die Arbeit an der Verfassung so zu gestalten, daß die parlamentarische Zusammenarbeit verständnisvoll fördert, was das Grundgesetz des Staates in demokratischer Ausgestaltung verlangt. Sie können es aber auch anders haben und sollen sich dann vor Bormwürfen hüten. . . . Die Sozialdemokratie wird sich keinelei Vergewaltigung gefallen lassen oder sie auch nur dulden.

Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!

war insbesondere sein Bestreben, möglichst bald mit Europa, insbesondere mit England, zu geordneten Handelsbeziehungen zu kommen.

Amerika gewährt „moralische Unterstützung“.

Washington, 24. Juli. (Reuter.) Die politische Regierung hat das Staatsdepartement gebeten, zu erklären, daß Polen in seinem Kampf gegen die Bolschewisten die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten habe.

Petljura verläßt das sinkende Schiff.

Nach einer Demovandung aus Wien hat sich nun auch General Petljura von Polen losgesagt. Er hat der polnischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der er für Objektivität bei der Wahlentscheidung verlangt, und zwar mit der Bemerkung, daß die Bevölkerung Objektivität gegenüber beiden Mächten, ihrem Willen auf dem Wege einer unabhängigen Volksabstimmung Ausdruck zu geben.

Die militärischen Führer Sowjet-Rußlands.

Die „Dena“ meldet aus Stockholm: „Trotz gibt jetzt im Regierungsorgan „Pravda“ genauere Angaben über die Zusammenfassung des russischen Oberkommandos. Danach ist Chef der Obersten Heeresleitung Kamenev, der Generalstabchef der General Ledebow beigegeben ist. Die Westfront steht unter dem Befehl des 24-jährigen Tuchatschewski, dem außerordentliche strategische Fähigkeiten nachgerühmt werden und der im ehemaligen Jarenheere als Leutnant diente. Die Ukraine-Armee wird von Bubjenta kommandiert, die Südarmee vom Oberstleutnant Jegerom. (Der General Brussilow, der allgemein als der russische Oberkommandierende gilt, ist hier nicht die Rede. Die Red.)

Die Bergarbeiter zum Spaer Kohlenabkommen.

Bochum, 25. Juli. In einer heute hier abgehaltenen Ruhr-Bergarbeiterkonferenz berichtete der Abgeordnete Hye über Spa. Die Regierung sei gezwungen gewesen, das Kohlenabkommen zu unterzeichnen, um das Reich nicht zerstückeln zu lassen. Ohne einstimmig angenommene Entschlüsse protestiert gegen eine Belegung des Ruhrgebietes und erklärt, daß die Bergleute sich dagegen zur Wehr setzen werden. Die Bergarbeiter sind freiwillig bereit, die Kohlenförderung so zu steigern, daß die von der Entente geforderten Kohlenmengen und außerdem der Kohlenbedarf Deutschlands und die laut Verträgen an Holland, die Schweiz und Skandinavien zu liefernden Kohlenmengen geliefert werden können. Voraussetzung sei eine bessere Ernährung der Bergleute. Schließlich wurde die ungeliebte Sozialisierung verlangt. Dann wurde noch ein Antrag angenommen, denjenigen Landbestellen die Kohlenzufuhr zu sperren, in denen sich Sonderbündeleien durchsetzen sollten.

Lebensmittelunruhen in Mainz.

Mainz, 25. Juli. Bei Kundgebungen gegen die teure Lebensmittelhaltung wurden zahlreiche Kaufhäuser geplündert. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Neun Polizisten und sechs Manifestanten wurden verletzt. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen stellen die Ordnung wieder her. Die Gemeindebehörden haben Anordnungen unter Androhung strenger Strafen verboten.

Die „Volksabstimmung“ in Eupen-Malmédy.

Zus Brüssel wird folgende Havas-Reuters-Meldung verbreitet: Bei der in den Kreisen Eupen und Malmédy veranstalteten Volksabstimmung haben von 33 726 Stimmberechtigten im ganzen 270 gegen die Ententeabstimmung protestiert. — Dazu bemerkt die Redaktion des B. I. R. u. a.: Es ist kein Wunder, daß die durch ein wahres System von Schikanen und Schwierigkeiten eingeschüchterte Bevölkerung sich nicht traute abzustimmen. Bei der unter beständiger Geltung stehenden Abstimmung war Deutschland die Verlehrsfrist, die Lebensmittelversorgung und der Geldumtausch entzogen. Berücksichtigt man, daß die beiden Kreise nach Sprache, Sprache und Wirtschaftsinteressen ausschließlich zu Deutschland gehören, so wird man gerade in den mitgeteilten Zahlen den besten Beweis für die ungeheure Vergewaltigung erblicken, die in Eupen und Malmédy vor sich gegangen ist. Auch der Völkerverbund, der nunmehr über das Schicksal der beiden Kreise entscheiden soll, wird dies Ergebnis als den Ausdruck des wahren Volkswillens nicht ansehen können.

Die „Volksabstimmung“ ging in der Weise vor sich, daß alle, die für Deutschland stimmen wollten, sich in eine besondere Liste eintragen mußten. Alle nicht abgezeichneten Stimmen wurden als belgische gerechnet. Das ganze Verfahren wurde so zu einem blutigen Hohn auf eine Volksabstimmung.

Neugruppierung der italienischen Kammer.

Rom, 23. Juli (Stefani.) Die Vorlage für die Veränderung des Reglements betreffend die Kammer, sieht die Teilung der Kammer in politische Gruppen vor. 35 Abgeordnete als Mindestzahl haben ein Recht auf die Wahl ihrer Delegierten in die Kommissionen, und zwar je eines Delegierten auf 20 Abgeordnete. Es sollen folgende Kommissionen gebildet werden: Innere Angelegenheiten, Auswärtige Angelegenheiten, Kolonien und Kolonialpolitik, Schatz und Finanzen, Krone und Marine, Eisen und Verkehr, Landwirtschaft, Gesetzgebung und schließlich Unterricht und schöne Künste.

Das irische Problem.

Amsterdam, 24. Juli. „Times“ glaubt zu wissen, daß auf der Grundlage eines vom Abg. Thomason im Unterhause gemachten Vorschlags den irischen Provinzen Irland Dominions Status (Selbstverwaltung nach dem Vorbild der Kolonien) zuerkannt werden soll. Diese Provinzen werden frei darüber entscheiden dürfen, in welcher Weise sie regiert werden wollen. Die Einigung, daß sie ein integrierendes Teil des britischen Reiches sein werden und die Verteidigung der Provinzen gegen Angriffe von außen her in den Händen der Reichsregierung verbleibt. Witter soll vor die gleiche Wahl gestellt werden.

Französische Versammlungsfreiheit.

Nach dem „Populaire“ hat die französische Regierung zugewilligt, dem deutschen unabhängigen Reichstagsabgeordneten Ledebour den Eintritt nach Frankreich zu gestatten. Ledebour sollte in einer Versammlung am 31. Juli in Paris sprechen.

Hochverrat in Dornen verhaftet.

Wie die „Deutsche W.“ aus Frankfurt a. M. berichtet, erklärte der Frankfurter Polizeipräsident Ehrler eine Verhaftung des „Eduard von Dornen“, daß Dr. Dornen in Wiesbaden verhaftet und in das unbesetzte Deutschland gebracht werden soll. Er habe einen Haftbefehl des Reichsanwalts gegen Dornen durch seine Beamten ausüben lassen.

Die Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Die Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei, die am Dienstag, den 13. Juli, stattfanden, hatten folgende Resolution angenommen, die vom Sozialdemokratischen Verein dem Wirtschaftsamt zur Berücksichtigung überwiesen wurde: „Die heute tagenden Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei verlangen in Anbetracht der unerschwinglichen und noch steigenden Preise für sämtliche Nahrungsmittel, daß das Wirtschaftsamt dem Wunsche der Agrarier nach immer höheren Preisen einen entschiedenen Widerstand entgegensetzt. Die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentenbezieher und Arbeitslosen verhält sich keine Erhöhung der Preise, sondern erfordert einen schnellen Abbau derselben. Um diesen Abbau der Preise zu erreichen, ist eine Zusammenlegung des Wirtschaftsamtes und des Wirtschaftsausschusses notwendig, die Gewähr für diese Forderung bietet. Solange dies nicht der Fall ist, verlangen wir, daß die Vertreter der Konsumenten mehr als bisher im Wirtschaftsamt gehört werden.“

Sonntags erhielt der Sozialdemokratische Verein einen Brief vom Wirtschaftsamt, das sich folgendermaßen zu dem angelegten Abbau der Preise äußert:

„Ihr Wunsch nach Umbildung des Wirtschaftsamtes deckt sich mit dem Wunsch des Vorstandes, welcher bereits am 11. v. Mts. einen entsprechenden Antrag an den Raterrat gerichtet hatte. Gegenwärtig steht ein ähnlicher Antrag der beiden Sozialdemokratischen Parteien zur Beratung im Freistadtparlament. Das Ergebnis dieser Beratung wird abzuwarten sein, ehe unsererseits neue Schritte wegen der Umbildung unternommen werden.“

Auf Herabsetzung der Preise ist das Wirtschaftsamt dauernd bedacht. Noch in dieser Woche wird voraussichtlich eine Herabsetzung der Rindfleischpreise erfolgen. Die Preise für Margarine sind verschiedentlich herabgesetzt worden. Ferner kommen spätestens Anfang nächster Woche gegen die bisherigen Preise außerordentlich verbilligte Heringe zur Verteilung. Auch ist bereits im Verhältnisse zu den sonstigen Marktpreisen, stark verbilligter Kakao verteilt worden. Der Preis für Frühkartoffeln ist bereits von 60 Pf. auf 35 Pf., das Pfund herabgesetzt. Wir dürfen darauf hinweisen, daß das Brot in Danzig mit 1,60 Mk. für das Kilo und die Milch mit 1 Mk. das Liter ganz außerordentlich unter den Preisen des deutschen Reiches steht, während dort das Brot mit 2,40 Mk. das Kilo seit einem halben Jahre bezahlt wird.

Wir sind uns bewußt, daß die gegenwärtig verringerten Preise, obwohl sie wesentlich niedriger sind als in deutschen Großstädten, immer noch eine große Belastung der Verbraucher bedeuten, die namentlich für Familien mit Kindern, die noch nicht mitverdienen, bis zur Unerträglichkeit gehen. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß das kleine Freistadtbild in seiner Preisbildung nicht frei ist, sondern sich in starker Abhängigkeit vom deutschen Reich, von Polen und dem sonstigen Auslande befindet, so daß vielfach die praktische Unmöglichkeit vorliegt, zu einer selbständigen, von den Nachbarländern unabhängigen Preispolitik überzugehen.

Unterzeichnet ist das Schreiben vom Vorsitzenden des Wirtschaftsamtes.

Wir sind erfreut zu hören, daß in der nächsten Woche außerordentlich verbilligte Heringe zur Verteilung gelangen sollen. Hoffentlich verschwinden sie nicht eben so wie die Kartoffeln, die es zum Preise von 35 Pf. pro Pfund geben soll. Neben den wohlwollenden Anordnungen, die das Wirtschaftsamt trifft, wünschen wir ihm auch die Kraft, die notwendig ist, um das Beschlossene durchzuführen, aber solange im Wirtschaftsamt die Herren Erzeuger noch das Hauptwort zu reden haben, wird sich in dieser Hinsicht schwerlich etwas erreichen lassen. Unsere Forderung auf Umbildung des Wirtschaftsamtes muß deshalb so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Das Ende der Danziger Privatindustrie.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer Nummer 164 vom 15. Juli unter diesem Stichwort eine längere offenbar von dem Verban der Metallindustrie Danzigs inspirierte Abhandlung, die viel Unklarheit enthält und in der viele unrichtige Behauptungen aufgestellt sind. Insbesondere wird der Danziger Arbeiterschaft der geradezu ungeheuerliche Vorwurf gemacht, sie untergrabe jede industrielle Tätigkeit. Obwohl wir uns nicht um jedes Produkt der Fuchspresse kümmern können, so verdient dieser Artikel doch eine Erwiderung. Schon deshalb, damit die Öffentlichkeit keine falschen Vorstellungen von der Danziger Arbeiterschaft bekommt.

In der Danziger Metallindustrie spielt sich gegenwärtig ein harter Kampf ab. Bekanntlich legten die Schiffszimmerleute der Danziger Werft infolge Lohnstreitigkeiten am 10. Juni die Arbeit nieder. Ihnen folgten 22 Schiffszimmerleute der Werft von Klawitter. Für diesen Gebrauch des gewaltsamen Koalitionsrechts sperrte der Magistrat 1700 Arbeiter aus, wie Oberbürgermeister Sahm in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen selbst zugab. Dann folgte die Werft von Klawitter, indem sie ohne jeden Verständigungsversuch mit den zuständigen Gewerkschaften ihren Arbeitern zumute, Streikarbeit zu verrichten. Die Firma Klawitter mußte wissen, daß eine solche Summierung an dem einfachen Solidaritätsgefühl jedes Danziger Arbeiters scheitern mußte. Trotzdem — oder wahrscheinlich deswegen — suchte die Firma, die sonst immer die Gewerkschaften findet, keine Verständigung, so daß es verständlich erscheint, wenn unter der Arbeiterschaft der Gedanke lag, daß die Firma den Konflikt bewußt herbeigeführt hat. Als sich niemand fand, der die Arbeit der Schiffszimmerleute vermittelte, schloß die Firma ihren Werksbetrieb. Statt nun jedem Arbeiter die ihm zustehenden Papiere anzuhandeln, damit er sich anderwärts Arbeit suchen kann, enthielt sie die Papiere vor und erklärte später großmütig, sie keine Entlassung haben wolle, könne sie mit dem Vermerk „Arbeitsunfähig auf eigenen Wunsch entlassen“ deklarieren. So wären die beurlaubten Arbeiter andern Arbeitgebern und den Behörden gegenüber als durch eigenes Verschulden entlassen erschienen. Die Firma Klawitter hätte dann als Ungehöriger da gestanden. An der Verhinderung des Betriebes wäre nicht sie, sondern die bösen Arbeiter schuld gewesen.

Die Firma Klawitter war aber übrigens gar nicht genötigt, wegen der 22 Schiffszimmerleute ihren Betrieb zu schließen. Denn auf der Werft Betrieb Straßens werden vorwiegend Eisenbahnwagen repariert und umgebaut, wobei die Schiffszimmerleute nichts zu tun haben. Es ist

merkwürdig, wenn die Unternehmer neben sonstigen Erfolgen auch die mangelnde Transportmöglichkeit für den schleppenden Gang der Industrie verantwortlich machen. Hier aber, wo man die Gelegenheit hat, das rollende Material zu vermehrten und sogar für reibungsreiche Rechnung arbeitet, wird der Wiederaufbau unserer Industrie durch solche Maßnahmen geradezu sabotiert.

Nach Klawitter folgte Wotan. Ein polnischer Dampfer wurde nach dieser Werft überholt und sollte dort fertiggestellt werden. Was bei Klawitter nicht möglich war, nämlich die Ausführung der Streikarbeit, war auch bei Wotan unmöglich. So warf auch der sonst patriarchalisch erscheinende Herr Wotan auf Befehl der Industriellen seine Arbeiter auf die Straße. Die polnische Behörde nahm dann das Streikobjekt, den Dampfer, von Wotan fort. Da über die Lohnfrage mit Wotan eine Verständigung erfolgte, nahm die Arbeiterschaft die Arbeit dort nach städtegehoher Aussperrung wieder auf. Wir glauben sicher, wäre der Dampfer nach der Schlauchwerft gekommen, auch dort hätte Herr Carlson wegen eines im Verhältnis zu der großen „Aktion“ lächerlich kleinen Objektes seine 2000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Und warum? Nur weil der Nachdruck der Danziger Industriegewerkschaften es so haben will! Wer ist hier der Lotengänger der Industrie? Die Antwort wird sich jeder objektive Denker selber geben.

Wie sieht es nun mit den „hohen“ Danziger Löhnen? Wir haben bereits in der „Volksstimme“ unter „Schwere Danziger Krise“ nachgewiesen, wie „hoch“ die Löhne hier tatsächlich sind und wie „billig“ man in Danzig alles kaufen kann. Wir verweisen auf das Material dieses Artikels und bemerken nur, daß durchschnittlich der Danziger Arbeiter gegen seinen deutschen Bruder um 1 Mk. bis 1,50 Mk. pro Stunde billiger arbeitet.

Die Zollschwierigkeiten, auf die die Unternehmer immer hinweisen, sind durch Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 10. Juli cr., mit Ausnahme von Bier und Zigaretten, beseitigt worden. Welche Hindernisse bestehen dann noch für den industriellen Aufschwung? Erleichterung des Bezuges der Rohstoffe. Das kann als ein Hindernisgrund angesehen werden. Und dann noch ein von den Unternehmern selbst gewollter Grund, nämlich: Mangel an der Beständigkeitswille! Wenn dieser erst aufgegeben oder aber gebrochen wird, dann wird die Zeit kommen, wo gewollte Stilllegungen der Betriebe aufhören und Streiks wie Ausperrungen zu seltenen Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens gehören werden. Ob wir von diesem Zustande noch weit entfernt sind? —

Sozialdemokratische Anträge in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat folgende Dringlichkeitsanträge an die Stadtverordnetenversammlung gestellt:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu Verhinderung von Unglücksfällen die Danziger elektrische Straßenbahn anzuweisen, umgehend an allen Straßenbahnwegen Franzose anzubringen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, umgehend Vorkehrungen zu treffen, dahingehend, daß die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel möglichst auf viele Geschäfte verteilt werden, damit das Hundstunde anstehen vor den Geschäften beseitigt wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Danzig in allen der städtischen Verwaltung unterstellten Betrieben a) die Heberstunden zu beseitigen; b) vor Entlassung der Arbeiter die Arbeitszeit bis 6 Stunden zu verkürzen; c) wo ohne technische unüberwindliche Schwierigkeiten möglich, die 6 Stunden-Doppelschicht einzuführen.

Die Generalversammlung der Metallarbeiter

Wurde am Sonntagabend im „Bürgergarten“ fortgesetzt. Die Verhandlungen, an denen von etwa 350 Delegierten nur circa 200 teilnahmen, dauerten von 6 bis gegen 11 Uhr abends. Dann erfolgte die erneute Vertagung. Die erste Versammlung hat übrigens nicht am letzten Sonntag, sondern an dem ihm vorhergegangenen Freitag stattgefunden und sich bis 12 Uhr nachts erstreckt. Die neue Versammlung beschäftigte sich mit dem Bericht über das Komitee und die Schwebewagen im Beruf. Diese Frage konnte jedoch nicht erledigt werden. Es lagen dazu mehrere Anträge u. a. einer aus dem 12. Bezirk — Ödra — vor, der bei der Arbeitsverwaltung ein scharfes Mikrauentool wegen der Führung der Schwebewagen aufsprechen wollte. Darüber konnte wegen der vorgerückten Zeit jedoch nicht mehr abgetimmt werden. Vorsitzender der Opposition war wieder der unabhängige Schmidt, der seine bekannte Parteilinie hielt. Ihm gegenüber trat seine sozialistische Genossenschaft. Zum Kartellbericht wurde ein Antrag des Sozialisten Komitee angenommen, der den Allgemeinen Danziger Gewerkschaftsbund auffordert, einmal alle die Koalitionsleistungen für Polen und dann über alle polnischen Sendungen den Einfluß zu verhängen. Diese Anträge wurden gegen zahlreiche Enthaltungen angenommen. In der Debatte wurde den unabhängigen-patriarchalischen Befürwortern der Anträge gesagt, sie sollten ihren „resolutionslosen“ Latenzismus erst einmal dadurch beseitigen, daß sie ihre Koalitionsleistungen gegen alle, auf der polnischen Angelegenheiten bezugsnehmenden machen! Ein anderer Antrag unabhängiger-patriarchalischer Ursprungs sprach sich gegen die Koalitionsleistungen und bei wirtschaftlichen Kämpfen die Herstellung einer Einheitsfront. Was unter dieser diplomatischen Verhüllung gemeint ist, ist für jeden Gewerkschaftler klar. Die Arbeiter haben diese Generalstreikpläne mehr wollen, wir trotz aller unabhängiger-patriarchalischer Organisations im Augenblick nicht sagen, wie gering das Maß an ist. Die Tätigkeit der Koalitionsleistungen ist ein Werk, die Organisation nennen wir proletarische Idealkommune und proletarische Bruderschaft, heranzutragen.

Ein Beleg für das Wirtschaftsamt.

In einer am Sonntagabend eigens zu diesem Zweck einberufenen Staatsratssitzung wurde die Verordnung über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise beschlossen. Die Verordnung ist für das Wirtschaftsamt ein Beleg, daß es 17. Juli 1920 beschlossen wurde, die Arbeiter werden bei Streikarbeit in dem Stadtverordnetenrat in der Verordnungsgebung, Verammlung vertreten. In der Vertreten nach deren Wunsch zu befehlen. Für jedes Mitglied ein Beleg, das ein oder mehrere Stellvertreter zu bestellen.

Der Gipfel der Metallarbeit.

In unserer Gewerkschaften werden wir bereits davon Mitteilung, daß der 21-jährige Olfsmonteur Reager des Städtischen Elektrizitätswerks am Freitag früh bei Unfällen in Koch-Niederdorf seinen Tod gefunden hat. Der Arbeiter war noch nicht 20-jährig angekommen. Er arbeitete mit mehreren Kollegen an der

Reparatur eines Kettenschwades, der sich aus dem genügt hatte. Er selber hatte den Reib befestigt. Alle die Kettenschwade waren getroffen. Er war auch angefallen. Wahrscheinlich ist an dem Reib hilflos rückwärts gerollt. Seine Mitarbeiter kamen ihm auf und bemühten sich in jeder Weise um ihn. Sie brachten ihn einen Krug und das Elektrizitätswerk. Inzwischen machten sie Wiederbelebungsversuche. Um den nach 10-minütigen Schreck zum Arzt zu bringen, erludeten sie den Leichter Paul Weller in der Pöschendorfer um Überlassung eines Wagens. Was er dabei zu leisten schickte und die Zufahrt eines mit Recht empfindlichen Kuppelwagens wie folgt:

„Mein Menschlichkeitsgefühl bringt mich, folgenden Vorfall der Verantwortlichkeit zu unterbreiten: Am 28. Juli, morgens 1/2 Uhr verunglückte einer meiner Arbeitkollegen tödlich. Der Not gehend, nicht dem eigenen Erbe, ging ich zu dem Besitzer Paul Weller-Dr. Pöschendorfer, um einen Wagen zur Herbeiführung eines Krates zu erbitten.“

Mit der Begründung, daß es ihm zu viel Unkosten verursachte, wies mich der Besitzer ab. Auf meine Antwort, daß das Städt. Elektrizitätswerk für den ihm entstandenen Schaden kaufe, wies Herr W. mich mit kalten, ja direkt roh klingenden Worten ab. Inzwischen wurde das Elektrizitätswerk ein Krankenauto. So daß es uns auf diese Weise möglich war, den Verunglückten nach Danzig zu schaffen. Meiner Ansicht nach ist hierzu jeder Kommunitar verpflichtet.“

Auch wir meinen, daß es für das Verhalten eines Mannes, der in einem solchen Falle so herzlos gleichgültig stehen konnte, einen weiteren Charakterisierung nicht bedarf. Einmal Gilt für den Schwerverletzten die Forderung auch nicht von Weller! Sie mußten sich ihn erst von einem entfernteren wohnenden Besitzer holen!

Die Religion auf dem Standesamt.

Die Frage nach der Religion auf dem Standesamt ist jetzt durch eine Verordnung des Reichsministers der Justiz neu geregelt worden. Die Standesbeamten haben zu kanonischen Zwecken bei Gelegenheit der Beurkundung von Geburten die Religion der Eltern, bei Heirat die Religion der Verlobten, bei Sterbefällen die Religion des Verstorbenen zu erfragen. Jede der Landeszentralbehörde ist es, zu bestimmen, in welcher Weise diese Angabe vorzulegen ist. Die Verordnungen sind bereits eingurichten und aufzubewahren, daß den Religionsgesellschaften die Auskünfte erteilt werden können, die sie nach dem neuen Gesetz über die Beurkundung der Personenakten und der Eheschließung zu beantragen haben. Für die Erhebungen werden die nötigen Vorbehalte den Gemeinden von den obersten Landesbehörden kostenfrei geliefert. Für die Gewährung der Auskünfte darf von den Religionsgesellschaften nur die Erstattung der baren Auslagen verlangt werden. Gleichzeitig sind neue Vorbehalte für die Beurkundungen der Standesämter vorgeschrieben worden. Die alten können handschriftlich geändert und aufgebraucht werden. Zur Erhaltung des Aufgebots soll nach dem Gesetz ein Merkblatt vom Standesbeamten den Beteiligten ausgehändigt werden. Das Blatt wird vom Religionsgesundheitsamt aufgestellt.

Rekonstituierung der Presekommision. In der am Sonntagabend abgehaltenen Sitzung der Presekommision der „Volksstimme“ wurden Genosse Bergmann zum Vorsitzenden und Gen. Reife zum Schriftführer gewählt. Zuschriften, die die Presekommision betreffen, sind an den Genossen Bergmann, Schlags-gasse 16, zu richten.

Die Auszahlung der Militärverrechnungsscheine für August 1920 erfolgt am 29. und 30. Juli im Wertzschepshaus. Das Nähere ist aus den bei den Postämtern befindlichen Auskünften und aus den Hinweisen zu ersehen. Die Auszahlung der Invaliden, Invaliden, Waisen- usw. Renten am 2. und 8. August erfolgt gleichzeitig im Wertzschepshaus.

Große Massen von Kottweilungen, den bekannten weißen Schmetterlingen, überfluten schon seit einiger Zeit die Umgebung Danzigs. Ueber Wald und See ergießt sich der weiße Schwarm und erfüllt häufig die Luft mit einer unvorstellbar großen Menge der spielend flatternden weißen Käse. Die allgemeine Beliebigkeit der Schmetterlinge darf aber über die Gefährlichkeit dieser Tiere nicht hinwegtäuschen. Die Gefährlichkeit dieser Tiere ist in all ihren Entwicklungsstadien so groß, daß vor allem unser Wald erheblichen Gefahren ausgesetzt ist, wenn es nicht gelingt, der Eindringlinge Herr zu werden. Die Befähigung unserer Wälder ist um so bedeutender, als der notwendige Fortschritt und die Ergänzung des Waldes während und nach dem Kriege bei weitem nicht in der notwendigen Art erfolgen konnte. Deshalb sollte jeder, der irgend kann, bei der Vernichtung der Schmetterlinge mitwirken. Rationen darf ihnen nicht gegeben werden.

Voy Peter in der Zoppoter Waldoper. Die Frühlingsfeier der Berliner Staatsoper wurde nach dem glänzenden Erfolge ihres Gastspiels im Zoppoter Rathaus zur Wiederholung bei den diesjährigen Aufführungen der Zoppoter Waldoper gewonnen. Frau von Peter wird als Auktionist und zum Abschluß der Vorstellungen eine Reihe neuer Lagen nach klassischer und moderner Weise aufzuführen.

Wahlbezirk Personal für die Polizei. Der Magistrat sucht in der heutigen Nummer weibliche Gehilfen und Bedienungspersonal, da die Zahl der verfügbaren Arbeiter für die Sommermonate nicht ausreicht. Die zur Bedienung bestimmten Frauen und Mädchen sollen außerhalb der inneren Stadt wohnen dürfen. Persönliche Meldungen sind an die Vermittlungsstelle für das Gesundheitswesen, Albrechtstr. 2, Zimmer 22/23, zu richten.

Deriliche Parteimeldungen.

5. Bezirk (Hauptstadt). Am Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr, bei Herrn Brunsdorfer Weg 56: Bezirksversammlung der Sozialdemokratischen Partei. 1. Vortrag des Gen. Prokur. Ahnen über den sozialistischen 1. Reichstages. Zahlreicher Besuch nach Sommer.

Kinderspiel. Am Dienstag geht es nach dem Aufführungspunkt an der Markthalle. Abmarsch sämtlich 3 Uhr.

Aus den Gerichtssälen.

Städtliche Diebstahls. Die Richter Otto, Walter und Ferdinand Romberg, R. Dreyer, F. Dreyer und H. Dreyer, sämtlich in Junkerader, hatten sich vor der Strafkammer wegen fortgesetzten Diebstahls in der Klagenauer Gegend zu verantworten. Sie machten zahlreiche Raubzüge und hatten so dabei besonders auf die Stelle der Besitzer abgesehen. Auch Unkraut, Kaffee, Tee, Pfeffer, 3 Bänke, 20 Kisten, 3 Schafe, 1 Schwein und 1 tragende Sau. Das Vieh wurde geschlachtet und verkauft. Es sind meist jugendliche Leute, die im Falle kommen. Das Gericht verurteilte O. und F. Romberg zu je 2 1/2 Jahren Zuchthaus, H. Dreyer zu 1 Jahre 3 Monaten Zuchthaus, Dreyer zu 1 Jahre Zuchthaus. Dreyer wurden mildernde Umstände verurteilt und jeder von ihnen wurde außerdem zu 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Einz. erhielt 6 Monate Gefängnis und H. Romberg wurde freigesprochen.

Keine Lösung der polnischen Munition.

Der Dampfer „Lition“ liegt noch immer gefüllt mit der polnischen Munition bei Weichselmündung. Am Sonnabend fanden erneut Verhandlungen zwischen Sir Lomer und General Hayling mit den Vertretern des Deutschen und Christlichen Transportarbeiterverbandes wegen der Lösung der Munitionsdampfer statt.

Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Gewerkschaft. Die Gewerkschaft hat ihre Arbeitstätigkeit in der Weise vergrößert, daß in jeder Woche nur 3 Tage gearbeitet wird.

Hilfe durch die Sicherheitspolizei. Gestern Abend nach dem Rennen in Joppot führte eine junge Dame beim Festhalten eines Wagens und brach den linken Oberarm ab.

Strophenraub. Der Arbeiter Franz Ditz aus Oliva, Joppoter Straße 48, hat am 24. Juli d. J. 10 Uhr vormittags im Altsiedlichen Graben einen Herrn eine Brieftasche mit Geld entwischt.

Verurteilung. Der Angeklagte ist dem Gerichtsfängnis zugewiesen worden. Bei der Verurteilung wurde der Name des Verurteilten nicht festgestellt.

Verurteilung. Auf dem Festzug in Posen ist heute früh ein Panzerwagen, eine Handtasche und ein Schwert aufgefunden worden.

Karussell zusammengebrochen. Auf dem Rummelplatz am Karrenwall stürzte gestern Abend ein Karussell zusammen.

Polizeibericht vom 25. und 26. Juli 1920. Gefunden: 1 Paket von einem Zigarrenhändler; 1 goldene Brosche (Krause, Webe, Polierung); 1 goldener Trauring mit Eingravierung in Papier gewickelt.

Filmklub.

U.-L.-Sichtspiele. Die Filmproduktion ist schnelllebig. Die Filme werden unter häufig großen Kosten hergestellt, eine riesenhafte Rolle wird entfallen, dann laufen sie in einigen Wochen oder Monaten über alle Lichtbahnen Deutschlands.

Einen kleinen Anfang hat die Direktion der U.-L.-Sichtspiele in dieser Hinsicht gemacht. Der augenblickliche Spielplan des U. L. bringt die beliebtesten Ainssterne in verschiedenen Filmen.

Aus dem Freistadtbezirk.

Konferenz des Landarbeiterverbandes des Freistaats. Die Landarbeiterverorganisation des Freistaats Danzig hielt gestern in der Maurerherberge eine Konferenz ab.

Preis Danziger Fiederung. Verteilung von Lebensmitteln. In der Woche vom 27. Juli bis 1. August 1920 kommt auf Nr. 12 der Lebensmittelkarte für Erwachsene, Nr. 19 der Lebensmittelkarte für Personen über 65 Jahre 1/2 Pf.

Joppot. Remontage der Lebensmittelkarten beginnt Montag, den 26. Juli, strahlenweise in der üblichen Reihenfolge.

heute, des Pfluges in Zimmer 4. — Verkauf von Patentknoten auf Abschnitt 117 der Warenkarte für Einheimische sowie auf Karte 29 der Warenkarte für Fremde 250 Gramm zu 1.00 Mk. je Pfund.

Aus aller Welt.

Doppelselbstmord im Seebad Rixdorf.

Im Strandhotel in Rixdorf wurden der Kaufmann Fritz Krüger und die geschiedene Frau Elisabeth Bellmüller aus Berlin-Wilmersdorf als Leichen aufgefunden.

Letzte Nachrichten.

Ludwig Ganghofer †.

Legensee, 25. Juli. Der Schriftsteller Dr. Ludwig Ganghofer ist gestern hier am Herzschlag gestorben.

Ganghofer wurde 1855 in Kaufbeuren geboren. Er versuchte sich früh in literarischen Arbeiten und errang seinen ersten großen Ruhmenerfolg mit dem Volksstück „Der Herrgottschneider von Ammergau“.

Der norwegische Gewerkschaftskongress für Moskau. Einer Meldung der „Deutsch. Allg. Ztg.“ aus Christiania zufolge hat der norwegische Gewerkschaftskongress sich für das politische Rätesystem und für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen.

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Koopf, für die Infanterie Bruno Gwerl, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Nützliche Bekanntmachungen.

Anzeige von Käseverrätern.

- 1. Alle Käsegeschäfte, die noch Restbestände besitzen vom Magistral überwiegenen preisbilligen Käse haben, sind verpflichtet, die Bestände unverzüglich der Molkereiateilung anzuzeigen.

Bekanntmachung über Kartoffelverkauf.

- 1. Soweit den Kleinhändlern von der Kartoffelstelle Kartoffeln zugewiesen werden, dürfen sie diese nur gegen eine Marke der allgemeinen Lebensmittelkarte verkaufen.

Ab 26. Juli gelten für das Gesamt-Gebiet der Freien Stadt Danzig folgende Höchstpreise für Schlachtrinder:

- A: Ausgemästete vollfleischige Rinder höchsten Schlachtwertes 370,- Mk.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Bensmann. Känstl. Leitung: Dir. Sigmund Konstadt. Heute Montag, den 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr.

WER DROBT DER LOBT! Illustration eines Mannes, der einen Hut auf den Kopf wirft, mit dem Text: Die Schöne von Athen.

Lavarel Shampoo (1879) stark schäumend überall erhältlich. Einführungspreis 1.- M. pro Paket.

Glektromotor, 1/2 PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Untasser, preiswert abzugeben. Danziger Volksstimme, Am Spandhaus 6.

Wir empfehlen folgende Werke der Vorwärts-Bücherei. Ich bekenne. Von Clara Müller-Jahnke 6.- Mk.

Arbeitsamt der Stadt Danzig. Für Saison- und Jahresstellung sowie zur Aushilfe werden Mamsells für warme und kalte Küche und Kaffeemamsells ferner zur Bedienung in Gastwirtschaften Frauen und Mädchen als Aushilfen gesucht.

Tüchtiger Redakteur (flotter Berichterstatter) zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Pressekommission, Gen. Bergmann, Schöngasse 18. Danziger Volksstimme.

Volksfürsorge. Umläufiges Erend. Drogerie am Dominikanerplatz. Junfermannstraße 12, an der Markthalle. Verlangen Sie die „Volksstimme“ in den Gaststätten!